



Presseschau vom 16.09.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

de.sputniknews.com: Berlin schließt langfristiges Engagement deutscher Truppen im Nahen Osten nicht aus.

Die Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat sich während ihres Besuchs im Nahen Osten zur deutschen Rolle in der Region ausgesprochen, meldet die Nachrichtenagentur Reuters.

Am Samstagabend traf die Ministerin demnach in Bagdad ein. Unterwegs hatte sie einen Zwischenstopp auf dem jordanischen Militärstützpunkt Al-Asrak eingelegt, wo knapp 300 deutsche Soldaten stationiert seien. Von der Leyen wurde gefragt, ob die Bundeswehr über einen strategischen Stützpunkt in Nahost nachdenke.

„Ich will den Gedanken nicht ausschließen, so will ich es sagen“, zitiert die Agentur die Ministerin. Es hänge sehr davon ab, wie die Bundeswehr in der Region gebraucht werde und was das für die Bundeswehr bedeute.

Laut Reuters startet die Bundeswehr von Al-Asrak aus mit Tornado-Kampffjets zu Aufklärungsflügen über dem Irak und Syrien. Im Irak habe die Bundeswehr rund 125 Soldaten stationiert und baue derzeit ihren Einsatz dort um. Die deutschen Ausbilder würden nun nicht nur im Norden des Landes sondern auch im Zentralirak tätig sein. Seit Mitte August laufe dazu ein Pilotlehrgang auf dem Militärstützpunkt Tadschi etwa 30 Kilometer nördlich von Bagdad.

Auf dem irakischen Militärstützpunkt Tadschi trainiere rund ein Dutzend deutscher Soldaten seit Mitte August 15 irakische Soldaten in der ABC-Abwehr und bringe ihnen bei, atomare, biologische und chemische Kampfstoffe zu erkennen, mit entsprechenden Messgeräten

umzugehen sowie Menschen und Material zu dekontaminieren, so die Agentur.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31577/65/315776561.jpg>

Mil-Inr.info: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen zweimal das Regime der Feueinstellung verletzt und dabei Mörser des Kalibers 82mm, Schützenpanzer, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet. Beschossen wurden die Positionen der Volksmiliz der LVR in Sokolniki und Losowoje.

de.sputniknews.com: Korruptionsbekämpfung: Kiew soll die „drei wichtigsten Löcher“ stopfen.

Der Generalstaatsanwalt der Ukraine Juri Luzenko hat die drei wichtigsten Bereiche der ukrainischen Wirtschaft während der Konferenz YES (Yalta European Strategy) genannt, die für die meisten Korruptionsfälle sorgen. Das meldet die ukrainische Nachrichtenagentur UNN.

„Ich betone das bereits seit einem halben Jahr: Die Regierung, das Parlament, der Präsident, alle Behörden und die Gesellschaft müssen zumindest die drei wichtigsten Löcher schließen, die zur Korruption in der Ukraine beitragen“, zitiert die Agentur den Anwalt.

Als erste „Quelle immer neuer Korruptierter“ bezeichnete Luzenko die staatlichen Betriebe, die in keinem anderen Land außer China von so großer Zahl wie in der Ukraine seien. Zu weiteren meist korrumpierten Bereichen gehören laut dem Beamten das Zollwesen und die Verteilung der Lizenzen für Naturgüter.

„Darauf stützt sich die ganze ukrainische Oligarchie“, meinte Luzenko.

Zur Korruptionsbekämpfung sollen demzufolge noch Hunderte „große“ und 2000 „kleine und mittlere“ Täter inhaftiert werden.

Am Freitag hatten die Ukraine und die EU das vierte Finanzhilfeprogramm in Höhe von einer Milliarde Euro unterzeichnet. Die Vereinbarung soll das Endergebnis der früheren politischen Absprachen zwischen dem ukrainischen Präsidenten, Petro Poroschenko, und dem Präsidenten der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, sein.

Ein ähnliches Programm mit einem Finanzierungsvolumen von 1,8 Milliarden Euro wurde 2015 für die Ukraine genehmigt. Von diesem Betrag erhielt das Land 1,2 Milliarden Euro im Gegenzug für die Durchführung von Reformen.

Allerdings bekam Kiew die letzte Tranche nicht, da die ukrainischen Behörden eine Reihe von Bedingungen, einschließlich im Bereich der Anti-Korruptionsreformen, nicht erfüllt haben sollen. Damals wies die Europäische Kommission darauf hin, der Kampf gegen Korruption sei eine Bedingung für die Zuteilung eines neuen Finanzhilfepakets.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 15. September 3:00 Uhr bis 16. September 3:00 Uhr:

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 26.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Sajzewo, Dolomitnoje, Oserjanowka, Michajlowka, Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Jasinowataja, Jakowlewka, Mineralnoje, Spartak, Donezk (Flughafen, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, Alexandrowka), Nowolaspa, Saitschenko, Leninskoje, Sachanka, Kominternowo.**

Gestern wurde durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ein Wohnhaus in Kominternowo in der Kirow-Straße 82 beschädigt – es erfolgte ein Treffer auf einen Wirtschaftsneubau.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 272.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 141.

Ab 00:01 Uhr am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Nato startet Forschung zu Spionage-Methoden im Netz.

Für die Ausbildung von Militärs führt die Nato eine Studie durch, um „Propaganda und Fake News“ im Netz erkennen sowie den Cyberspace für die Informationensammlung nutzen zu können. Dies wird in der Beschreibung des Forschungsprojekts „Nutzung des Cyberspace zu Aufklärungszwecken“ dargelegt, wie die Nachrichtenagentur RT verrät.

Die wissenschaftlich-technische Organisation (STO) der Nato gehe davon aus, dass soziale Netzwerke allmählich zu einer neuen Plattform für die Führung eines Stellvertreterkriegs würden.

„Die Nato muss verstehen, was diese neue Bedrohung beinhaltet, wie man sie abwehrt und die im Netz gesammelten operativen Informationen nutzt“, heißt es.

Laut Analysten werden Internet-Plattformen aktiv eingesetzt, um Desinformation, Propaganda und falsche Nachrichten zu verbreiten. Unter anderem sollen Kämpfer des „Islamischen Staates“ über sie Anhänger angeworben haben.

Auch Russland wird erwähnt – Nato-Experten behaupten, Moskau habe angeblich

„Propaganda im Vorfeld und während der Militäreinsätze in der Ukraine“ verbreitet.

Der Politikwissenschaftler Alexander Asafow erklärte gegenüber RT, Nato-Experten würden gezielt Informationen manipulieren, indem sie auf ein reales Problem (Nutzung sozialer Netzwerke durch Terroristen) hinweisen und dann unbegründete Anschuldigungen gegen Russland erheben.

Nachmittags:

Dnr-online.ru: Heute, am 16. September, nahmen Tausende von Einwohnern und Gästen von

Debalzewo an einem Festzug zum 140. Jahrestag der Stadt teil. An den Festveranstaltungen nahmen auch das kommissarische Oberhaupt der DVR Denis Puschilin, der Bürgermeister von Debalzewo Igor Marinkow, die Abgeordneten des Volkssowjets der DVR Michail Shukow und German Kadyrow, die Leiterin des zentralen Exekutivkomitee von „Donezkaja Respublika“, der Generaldirektor des staatlichen Unternehmen „Donezker Eisenbahn“ Oleg Kalewatych teil.

Der Zug wurde von einer Kolonne von Trommlern eröffnet, dann folgten das Kollektiv der Stadtverwaltung, Ehrenbürger der Stadt, Arbeitskollektive von Bildungseinrichtungen, Kinderklubs, Schüler, Arbeiter der Eisenbahn. Insgesamt nahmen etwa 2000 Menschen an dem Zug teil.

„Liebe Landsleute! In diesem Jahr wird Debalzewo 140 Jahre alt. Wir haben gesehen, wie viele Schwierigkeiten die Stadt und ihre Einwohner durchleben mussten. Ich meine, dass diese schwere Zeit hinter uns liegt.

Anfang 2015 starben viele unserer Landsleute, aber um den Preis ihres Lebens haben sie Tausende von Menschen gerettet. Sie konnten die Stadt aus der Besatzung bringen, der Anfang eines großen und hellen Weges. Und die Einwohner von Debalzewo haben bewiesen, dass sie kühne, mutige und standhafte Menschen sind.

Ich rufe euch auf, euer Leben selbst zu verändern. Wenn sich um euch herum alles ändert, werden sich auch die Stadt und die Republik verändern. Und dann werden wir stolz auf das sein können, was wir aufgebaut haben. Wir werden uns vor unseren Nachfahren nicht schämen müssen“, sagte Denis Puschilin zu den Einwohnern.

Außerdem sagte das kommissarische Oberhaupt der DVR, dass nach allem, was die Stadt und ihre Einwohner in den Kriegstagen durchmachen mussten, niemand so sehr den Titel einer „Stadt des militärischen Ruhms“ verdient wie Debalzewo.

Heute wurde Debalzewo dieser Ehrentitel zuerkannt.

Außerdem wurde das Kollektiv des Bäckereikombinats von Debalzewo für zuverlässige Arbeit, einen erheblichen Beitrag zum Wiederaufbau des Unternehmens, die Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit der Republik mit einer Ehrenurkunde des kommissarischen Oberhaupts der DVR ausgezeichnet.

Der Bürgermeister von Debalzewo Igor Marinkow gratulierte den Einwohnern von Debalzewo zum Feiertag, wünschte jeder Familie Glück und Wohlergehen und der ganzen Republik Frieden und Erblühen. ...

de.sputniknews.com: „OSZE wird zu russophober Plattform“ – Aktivist von der Krim
Der Chef der national-kulturellen Autonomie der Bulgaren auf der Krim, Iwan Abascher, hat am Rande der jährlichen Menschenrechts-Konferenz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Warschau die OSZE für deren antirussische Haltung kritisiert. Die jährliche OSZE-Konferenz für Menschenrechte (Human Dimension Implementation Meeting) in Warschau findet in diesem Jahr vom 10. bis 21. September statt. Trotz der Proteste der ukrainischen Delegation trat Abascher in einer Sitzung der Konferenz auf und machte in seinem Bericht auf die zwischenethnischen Beziehungen auf der Krim aufmerksam. „Leider sehen wir, dass die OSZE zu einer russophoben Plattform wird, bei der die antirussische Rhetorik sowie antirussische Reden gefördert werden“, sagte er. „Das ist unzulässig. Dieser Trend muss geändert werden“, betonte Abascher. Die OSZE müsse zum „Vorbild einer unvoreingenommenen und objektiven Organisation“ werden, die der Umsetzung ihrer grundlegenden Prinzipien entspreche.

Er schlug unter anderem vor, Mitglieder des internationalen Verbandes „Freunde der Krim“ in die Diskussionsplattformen der OSZE einzubeziehen.

„Das sind Menschen aus verschiedenen Ländern, die die russische Krim besucht haben und fähig sind, die Wahrheit an die internationale Öffentlichkeit heranzutragen“, so Abascher.

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt.

Trotz des Waffenstillstands hat der Gegner in den letzten 24 Stunden **zweimal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Es wurde auf die Gebiete von **Losowoje** und **Sokolniki** geschossen. Dabei haben die ukrainischen Kämpfer 82mm-Mörser, Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 50 Geschosse abgefeuert. Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten die Kriegsverbrecher Grusewitsch und Tatus.

Die ukrainische militärisch-politische Führung tut alles für eine weitere Eskalation des Konflikts und will den Konflikt im Donbass kategorisch nicht auf friedlichem Weg lösen. Eines der grundlegenden Anliegen Kiews ist es, mit Hilfe von Spezialdiensten und Massenmedien eine negative Meinung bei der Weltöffentlichkeit über die Führung der Volksrepubliken und der Volksmiliz herauszubilden.

Ein weiteres Mal sind im Gebiet von Solotoje Vertreter ukrainischer Medien eingetroffen, um angeblichen Beschuss von Seiten der Volksmiliz der LVR zu dokumentieren. Wir verbinden dies mit der Arbeit des stellvertretenden Sekretärs des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats General Kowal, weil alle Provokationen von Seiten der ukrainischen Kämpfer hauptsächlich vor einem Treffen der Kontaktgruppe in Minsk oder vor dem Besuch hochrangiger Gäste in der OOS-Zone erfolgen.

Trotz des vollständigen Verbots betreiben die ukrainischen Streitkräfte weiter **Luftaufklärung mit Drohnen** an der Kontaktlinie.

So wurden Flüge einer Drohne der 26. Artilleriebrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Nowotaschkowskoje bemerkt.

Diese Maßnahmen werden vom ukrainischen Kommando durchgeführt, um Aufklärung zu betreiben und Objekte zum Angriff zu finden und um die Qualität der Tarnung ihrer Positionen und Technik zu kontrollieren, die entgegen den Minsker Vereinbarungen stationiert sind. Im Zusammenhang damit schließen wir Provokationen in der nächsten Zeit nicht aus. Die Volksmiliz der LVR lässt trotz der ständigen Provokationen von Seiten der ukrainischen Terroristen in ihrer Wachsamkeit nicht nach und stellt die Frage der Gewährleistung der Sicherheit der Republik an die erste Stelle.

Wir halten die übernommenen Verpflichtungen zur Wiederherstellung des Friedens im Donbass genau ein. Aber wir behalten und das Recht auf adäquate erwidern Maßnahmen vor, falls von der ukrainischen Seite grobe Verletzungen der Vereinbarungen erfolgen.

de.sputniknews.com: Hat Bundeswehr in Mali Einsatzmandat überschritten? Berlin dementiert.

Das Bundesverteidigungsministerium hat einen Bericht zurückgewiesen, laut dem die Kooperation zwischen der Bundeswehr und französischen Anti-Terror-Einheiten in Mali über das bestehende Parlamentsmandat hinausgeht.

Ein Ministeriumssprecher betonte am Sonntag, dass es bei dem fraglichen Einsatz einer Drohne des Typs „Heron“ im Dezember 2017 ausschließlich um die Erfüllung eigener Aufgaben gegangen sei.

Zuvor hatte die „Welt am Sonntag“ mit Verweis auf vertrauliche UN-Unterlagen geschrieben, dass die Bundeswehr offenbar französische Einheiten in Mali bei Aufklärung und Transport unterstützt habe. Konkret gehe es um den Einsatz einer Drohne vom Typ „Heron I“ im Dezember vergangenen Jahres, wobei Informationen an französische Truppen geliefert worden sein sollen. Das unbemannte Flugzeug war laut dem Bericht mehrere Stunden lang über ein Gehöft in Mali geflogen.

Das Verteidigungsministerium teilte auf Nachfrage mit, die Drohne Heron werde nahezu

täglich und zum Teil mehrfach eingesetzt. „Dies war auch am 29. Dezember 2017 der Fall. Zu weiteren operativen Details können wir keine Auskunft erteilen.“



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32233/30/322333084.jpg>

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters des operativen Kommandos der DVR zur Lage am 16.09.2018:

In den letzten 24 Stunden befanden sich **elf Ortschaften** unserer Republik unter dem Feuer der ukrainischen Kämpfer.

In **Richtung Gorlowka** wurden **Oserjanowka, Michajlowka** und **Dolomitnoje** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen, darunter auch großkalibrigen, beschossen. Geschossen wurde von den Positionen der 58.

Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte unter Kommando des Kriegsverbrechers Tatus und der 72. mechanisierten Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Drapatyj.

In **Richtung Donezk** wurden **Jasinowataja, Jakowlewka, Spartak** und **Alexandrowka** von den Positionen der 92., 56. und 28. Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus beschossen.

Geschossen wurde mit Mörsern des Kalibers 120mm, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen.

In **Richtung Mariupol** wurden **Leninskoje, Nowolaspas, Sachanka** und **Kominternowo** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen, darunter auch großkalibrigen und Scharfschützenwaffen, beschossen. Geschossen wurde von den Positionen der 36. Marineinfanteriebrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Gnatow.

Im Zusammenhang damit wurde ein Haus in Kominternowo in der Kirow-Straße beschädigt.

Das moralisch-psychische Niveau in den Verbänden und Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone sinkt weiter ab.

Vor dem Hintergrund von mehrmonatigen Verzögerungen der Soldzahlungen und ständigen Übergriffen von Seiten des kommandierenden Personals haben die Fälle eigenmächtigen Verlassens des Dienstortes unter den ukrainischen Kämpfern zugenommen.

Nach Informationen unserer Aufklärung wurden allein in den letzten 24 Stunden in den Reihen der 56., 36. und 128. Brigade der ukrainischen Streitkräfte fünf Fälle von Desertion festgestellt.

Von unserer Quelle in der 128. Brigade der ukrainischen Streitkräfte wurde uns von einem erschreckenden Fall bekannt, der sich im Gebiet von Granatnoje im 2. Bataillon dieser Brigade ereignete. Von den ständigen Übergriffen und Erpressungen von Geld seitens des Kommandeurs eines Zuges Hauptmann Slibodjan zur Verzeiflung getrieben, entschloss sich der Unterfeldwebel Jewgenij Pyschka zu einem Verzweiflungsschritt. Während einer Dienstsicht verließ er seinen Posten und traf an einem Zugbeobachtungspunkt ein, wo sich

zu diesem Zeitpunkt sein Peiniger befand. Der Unterfeldwebel warf eine RGL-5-Granate in Richtung des Beobachtungspunkts, danach eröffnete er das Feuer mit einem Maschinengewehr in dieselbe Richtung. Dabei wurden Hauptmann Slobodjan und weitere drei Soldaten tödlich verletzt. Der Unterfeldwebel Pyschka floh vom Ort des Verbrechens in unbekannte Richtung und nahm das Maschinengewehr und Munition mit. Das Brigadekommando führt Fahndungsmaßnahmen durch.

Wir rufen die Verwandten der ukrainischen Soldaten, die durch Betrug in den blutigen Krieg des Kiewer Regimes gezogen wurden, auf, ihre Söhne zu schützen.

Nicht wir töten sie, sondern ihre Kommandeure, für die sie nur Kanonenfutter und eine Gewinnquelle sind.

de.sputniknews.com: London kann bis Brexit keine Sanktionen gegen Russland anwenden – Medien

London wird die Sanktionen gegen Russland wegen des Falls Skripal bis zum Austritt Großbritanniens aus der EU nicht anwenden. Das berichtet die Zeitung „The Daily Telegraph“ unter Berufung auf den britischen Staatssekretär für Sicherheitsfragen, Ben Wallace.

Es handle sich um den sogenannten Magnitski-Änderungsantrag zum britischen Gesetz über Sanktionen, den das Parlament im Mai dieses Jahres verabschiedet habe, so die Zeitung.

Wallace sagte vor dem Parlament, der Änderungsantrag werde nicht in Kraft treten, „bis das Vereinigte Königreich die EU verlässt“.

„The Daily Telegraph“ schreibt, dass Regierungsbeamte nicht erklärt hätten, wann der Magnitski-Änderungsantrag praktisch angewandt werden könne. Großbritannien werde die EU am 29. März 2019 verlassen, aber ab diesem Zeitpunkt werde bis zum 31. Dezember 2020 die Übergangsperiode dauern. Somit könne die praktische Anwendung des Sanktionsmechanismus um maximal zwei Jahre verschoben werden. Damit seien die Mitglieder der regierenden Konservativen Partei unzufrieden, die sich für die Verabschiedung dieses Mechanismus ausgesprochen hätten.

Der britische Magnitski-Änderungsantrag entspricht dem in den USA verabschiedeten „Magnitski-Gesetz“ und ermöglicht, Vermögenswerte ausländischer Beamter, die an Korruption und Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, einzufrieren sowie diesen Personen ein Visum zu verweigern.

Am 4. März waren im britischen Salisbury Sergej Skripal, einst Oberst des russischen Militärnachrichtendienstes GRU, und seine Tochter Julia vergiftet worden, was einen großen internationalen Skandal provoziert hatte. London behauptet, Skripal und seine Tochter seien mit dem Stoff A234 vergiftet worden, und wirft Moskau vor, in das Attentat verwickelt zu sein, weil der Giftstoff nach Behauptungen von Experten sowjetischer Herkunft gewesen sein soll. Moskau dementiert das entschieden.

Am 5. September hat die britische Staatsanwaltschaft gegen die beiden russischen Staatsbürger Alexander Petrow und Ruslan Boschirow Anklage zu vier Artikeln erhoben.

Unter anderem geht es um den Giftanschlag auf die Skripals sowie auf den britischen Polizisten Nick Bailey. Großbritanniens Premierministerin Theresa May behauptet, die Verdächtigten seien Mitarbeiter des russischen Geheimdienstes GRU.

Am Donnerstag sprachen Petrow und Boschirow mit RT- und Sputnik-Chefredakteurin Margarita Simonjan erstmals in einem Interview öffentlich darüber, mit welchem Ziel sie im März ins britische Salisbury gereist waren. Sie erklärten unter anderem, sie hätten Salisbury als Touristen besucht. Zudem hätten sie nichts von den Skripals gewusst und seien zurzeit in der Fitnessindustrie tätig.

de.sputniknews.com: Erstmals seit fast sieben Jahren Kommunalwahlen in Syrien. Seit fast sieben Jahren des Bürgerkrieges finden in Syrien am Sonntag die ersten Kommunalwahlen statt.

Millionen Wahlberechtigte können ihre Stimme in den mehr als 6.500 Wahllokalen von sieben bis 19 Uhr Ortszeit (von 6 bis 18 Uhr MESZ) abgeben. Bei Bedarf darf die Zentrale Wahlkommission den Wahlvorgang um fünf Stunden, bis Mitternacht, verlängern.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur SANA bewerben sich insgesamt 40.000 Kandidaten um rund 18.000 Sitze in den Gemeinderäten. In einigen Teilen des Landes wie in den Provinzen Rakka und Idlib können die Wahlen allerdings nicht stattfinden, weil diese Gebiete noch nicht von der syrischen Regierung kontrolliert werden.

An den Wahlen können auch die aus Nachbarländern zurückgekehrten syrischen Flüchtlinge teilnehmen. Laut dem russischen Zentrum für Aufnahme, Verteilung und Unterbringung von Flüchtlingen sollen sich mehr als 1,7 Millionen Syrer in neun Ländern bereit erklärt haben, heimzukehren.

„Diese Wahlen sollen die Dezentralisierung stärken und das Prinzip des Zusammenlebens der Bürger fördern“, sagte der Minister für Öffentliche Verwaltung, Hussein Machluf, vor Journalisten. Dies erfordere Gemeinderäte, die eine Effektive Rolle entsprechend den Gesetzen, dem Prinzip der Dezentralisierung und der Konzentrierung der Macht „in den Händen von verschiedenen Bevölkerungsschichten“.

Die letzten Parlamentswahlen hatten in Syrien 2016 stattgefunden. Die jüngste Präsidentschaftswahl war 2014 abgehalten worden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32233/44/322334473.jpg>